



# Schleswig-Holsteinische Anzeigen

Justizministerialblatt Schleswig-Holstein

## Aus dem Inhalt

*Dr. Udo Hansen*

Erste Erfahrungen zu dem „Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren“ aus anwaltlicher Sicht

*Prof. Dr. Lerke Osterloh*

Geben und Nehmen im Bundesstaat –  
Von den Schwierigkeiten einer Neuordnung  
der Finanzverfassung

**SCHLHA**GLICHT

*Gerd Krüger*

Gerd Krügers Rückblick und Ausblick

Juni 2013

## I. Aufsätze

Dr. Udo Hansen	Erste Erfahrungen zu dem „Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren“ aus anwaltlicher Sicht	221
Prof. Dr. Lerke Osterloh	Geben und Nehmen im Bundesstaat – Von den Schwierigkeiten einer Neuordnung der Finanzverfassung	224
Rolf S. Küster	Anmerkung zu Böttcher „Mit Recht gegen Rechts (?)“	228

## II. Amtliche Veröffentlichungen

228

## III. Personalnachrichten

228

## IV. Ausschreibungen

229

## V. Entscheidungen

### Zivilrecht und Zivilverfahren

SchiHOLG	18. 9.2012	2 W 152/11	Bei der registergerichtlichen Prüfung, ob im Einzelfall der tatsächliche Betrieb einer Kindertagesstätte auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb i.S.v. § 22 BGB gerichtet ist, dürfen die besonderen Wertungen des KiTaG SH nicht unberücksichtigt bleiben	231
SchiHOLG	5. 11. 2012	5 U 10/12	Zum Umfang von Hinweis- und Aufklärungspflichten einer Onlinebank beim Vertrieb von Credit Linked Notes bzw. strukturierten Anleihen (COBOLD-Anleihen)	235
SchiHOLG	21. 12. 2012	3 U 22/12	Kein Rücktritt bei Mangelbeseitigung vor Rücktrittserklärung	239
LG Kiel	24. 8.2012	1 S 174/11	Der Mietkautionsanspruch steht dem Erwerber analog § 566a BGB auch dann zu, wenn der Mieter vor der Veräußerung die Sicherheit noch nicht geleistet hat	241
SchiHOLG	23. 5.2013	5 U 140/12	Zu den Voraussetzungen der deliktischen Haftung von Vorständen eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens	243
SchiHOLG	10. 1. 2013	2 W 40/12	Vollmachtenachweis gegenüber dem Grundbuchamt	247
SchiHOLG	8. 4.2013	SchH 3/13	In schwierigen Verfahren mit komplizierten medizinischen und betriebswirtschaftlichen Fragen besteht kein Anspruch auf Geldentschädigung sondern nur auf Feststellung einer Verfahrensüberlänge, wenn der Kl. den Streitgegenstand fortlaufend erweitert und dadurch selbst entscheidend zur bisherigen Länge des Verfahrens beigetragen hat	248
LG Lübeck	4. 10. 2012	7 T 495/11 (AG Oldenburg 20b XIV 138/11)	Zu den Voraussetzungen der Abschiebehaftanordnung mit Anmerkung RiLG Siebert	250

### Familienrecht

SchiHOLG	21. 12. 2012	10 UF 81/12	Verwirkung von Trennungsunterhalt durch unberechtigte Strafanzeigen	251
AG Flensburg	10. 8. 2012	92 F 328/10	Die Rechtswahrungsanzeige nach § 33 Abs. 3 SGB II kann zugunsten der sozialrechtlichen Leistungsträger auch Wirkung für die Durchsetzung rückständigen Unterhalts haben	253
SchiHOLG	19. 12. 2012	15 UF 178/11	Aussetzung der Versorgungskürzung und fiktiver Unterhaltsanspruch	253
SchiHOLG	10. 1. 2013	15 WF 141/12	Keine Terminsgebühr bei isolierter Versorgungsausgleichssache ohne Erörterung	255

### Sozialgerichtsbarkeit

SchiHLSG	9. 11. 2012	L 5 R 165/12 B ER	Im einstweiligen Rechtsschutzverfahren kann aus prozessökonomischen Gründen die Zulässigkeit dahinstehen, wenn der Antrag aus materiellen Gründen unbegründet ist	256
----------	-------------	----------------------	---	-----

### SCHLHA GLICHT

Gerd Krüger	Gerd Krügers Rückblick und Ausblick	258
-------------	-------------------------------------	-----

### Rezensionen

Friedhelm Röttger	Feuerich/Weyland (Hrsg.), BRAO	259
Dr. Ulrike Rühling	Wenzel (Hrsg.), Handbuch des Fachanwalts Medizinrecht	260
Thorsten Harder	Arnd/Lerch/Sandkühler, BNotO Bundesnotarordnung	260